

Inseldasein der Diakonie im Kontext des sozialistischen Sozialstaates (1945–1989)

von Reinhard Leue

Wider Erwarten hat die Sowjetische Besatzungsmacht 1945 nicht die Kirche und Innere Mission ausgerottet oder zerstört, wie wir das vom Kommunismus befürchteten, zumal wir Hass und Rache erwarteten für das, was Deutschland der Sowjet-Union angetan hatte. Der Befehl Nr. I der SMAD (Sowjetische Militär-Administration Deutschland) und die sog. Potsdamer Beschlüsse erlaubten sofort, dass die Kirchen ihre Tätigkeit wieder aufnehmen bzw. fortsetzen durften. So konnten Gottesdienste ungestört gehalten werden. Der Religionsunterricht wurde wieder in den Schulen eingeführt (noch 1947 nahmen in Leipzig fast 100% der Schüler daran teil). Diakonische Einrichtungen durften ihre Arbeit wieder aufnehmen bzw. fortführen. Die Kirche und die Einrichtungen der Inneren Mission wurden nicht enteignet und fielen auch nicht 1946 unter die sogenannte Bodenreform. Sogar der unter Hitler abgeschaffte Rundfunkgottesdienst wurde wieder genehmigt (Radio DDR bis 1989). Alle sechs theologischen Fakultäten im Osten durften ihre Arbeit wieder aufnehmen und weiterführen. Auch die evangelische Jugendarbeit wurde anerkannt und genehmigt.

Natürlich wurde die Entnazifizierung durchgeführt. Es sind auch einzelne Christen – meist durch Denunziation – verhaftet, verurteilt und verschleppt worden. Aber es trat nicht ein, was wir alle am Ende des Krieges befürchten mussten.

Das änderte sich dann aber sofort mit der Gründung der DDR im Jahre 1949. Die führende Partei der SED versuchte den Einfluss der Kirche Schritt für Schritt zurückzudrängen und hat systematisch die Rechte und Möglichkeiten der Kirche, die ihr von der Besatzungsmacht eingeräumt wurden, beschnitten. Die Verfassung von 1949 garantierte den Christen Glaubens- und Gewissensfreiheit. Zwar waren mit Verordnung vom 7. September 1945 die Bildung „Antifaschistischer Jugendausschüsse“ und die Ziele gemeinsamer Jugendarbeit festgelegt worden; darin sollten auch kirchliche Vertreter mitwirken. Aber mit der Gründung der FDJ (Freie deutsche Jugend) am 7. März 1946 wollte man eine sozialistische Einheitsjugend etablieren. Mitbegründer war der spätere Generaloberst Heinz Keßler, der aus Lauban stammte und als junger Mann Mitglied des CVJM war.

Es gab aber grundlegende Unterschiede zum Nationalsozialismus:

1. Man wollte nicht so sein wie die menschenverachtende nationalsozialistische Ideologie.

2. Kein Mensch sollte wegen seiner Rasse, Hautfarbe, Religion oder geistiger Behinderung verachtet oder verfolgt werden. Die echten Kommunisten hatten in den Gefängnissen und Konzentrationslagern mit anderen zusammen gelitten und wollten das nicht.

3. So enthielt die sozialistische (kommunistische) Ideologie auch keine Aussagen über Geistigbehinderte, Homosexuelle, Juden oder Zigeuner, was aber nicht verhinderte, dass man Menschen zu Feinden und Gegnern abstempelte, wenn sie nicht die kommunistische Ideologie anerkannten.

4. Man rühmte sich des sozialistischen Humanismus und konnte so zunächst kirchliche Arbeit der Inneren Mission gestatten bzw. geschehen lassen, weil die DDR in den Anfangsjahren sehr arm war und ganz andere Aufgaben zu bewältigen hatte. So nahm man den Dienst der Kirche an den Schwachen und Ausgegrenzten in Anspruch. Dazu gehörten auch die vielen Flüchtlinge und Ausgewiesenen aus den Ostgebieten. Freilich unterstützte man diese Arbeit sofort geringer als in den staatlichen Einrichtungen.

5. Die DDR unterließ zunächst auch eine direkte Einflussnahme auf die Kirche und ihre Einrichtungen, wie das unter Hitler durch die Deutschen Christen geschah. Wir haben von 1949 bis 1989 unsere Angelegenheiten selbst bestimmen dürfen – freilich im Rahmen der sozialistischen Ideologie und Gesetzgebung.

Am 28. Oktober 1949 wurde in der DDR die „Gemeinschaft der Volkssolidarität“ gegründet. Ihrer Satzung nach war sie als Gemeinschaft freiwilliger Hilfe im Geiste der Humanität und als Ausdruck der Solidarität des Volkes zur Überwindung wirtschaftlicher und sozialer Nöte errichtet worden. Da heißt es: „Zum Zweck der Zusammenarbeit an den Aufgaben nehmen die Evangelische Kirche und die Katholische Kirche durch ihre Sozialwerke (Hilfswerk und Caritasverband) an der Gemeinschaft der Volkssolidarität teil“.

Im März 1951 aber lösten sich der Zentralausschuss und die Landesausschüsse der Volkssolidarität auf, da infolge der Entwicklung zum sozialistischen Einheitsstaat in der DDR deren Aufgaben mehr und mehr an den Staat selbst abgegeben wurden. Es verblieben zunächst noch folgende drei Aufgaben: Unterstützung der Friedenskämpfer, 2. Bahnhofsdienst, 3. Fürsorge für Alte. Die neue Struktur der Volkssolidarität wurde auf der zentralen Delegiertenkonferenz im April 1951 beschlossen. Eine unmittelbare Mitwirkung der kirchlichen Verbände war nicht mehr vorgesehen.

Ähnlich erging es der Jugendarbeit. Der evangelische Jugendpfarrer Oswald Hanisch wurde 1950 vom Treffen der Jugendfunktionäre ausgeschlossen, womit die Junge Gemeinde der Kirche ihre Anerkennung als offizielle Jugendarbeit verlor. Ich erlebte schon 1949 in Böhlitz-Ehrenberg bei Leipzig, wie die FDJ versuchte, die Arbeit der Jungen Gemeinde, die zahlenmäßig bis dahin noch stärker war als die FDJ, zu stören. Die Junge Gemeinde wurde offiziell in der Tagespresse und der FDJ-Zeitung „Junge Welt“ angegriffen und diffamiert als „Amerikanisch gelenkte Agentenorganisation“. Junge Christen durften nicht mehr das Zeichen der Jungen Gemeinde „Kreuz auf der Weltkugel“ tragen und wurden gezwungen, sich von der Jungen Gemeinde loszusagen – sogar schriftlich. Wenn sie das nicht taten, wurden sie von der Universität und den Oberschulen religiös und verloren ihre Lehrstellen in staatlichen Betrieben. Jugendtage der Jungen Gemeinde wurden verboten, so das alljährliche Himmelfahrtstreffen im Martinshof Rothenburg. Die jungen Leute trafen sich dennoch.

Die bis dahin meist als Verein organisierte Arbeit der Inneren Mission und ihrer Anstalten wurde durch ein Gesetz zur Auflösung aller Vereine in der DDR 1949 betroffen. So retteten sich die Einrichtungen unter das Dach der Kirche. Der Martinshof Rothenburg wurde z.B. eine Einrichtung der Evangelischen Kirche von Schlesien. Das blieb so bis zur Wende 1989/90. Für uns war das aber kein Schaden, denn damit wurde sichtbar, dass Diakonie ein Teil der Kirche ist. Im Jahre 1953 begannen aber Angriffe und Maßnahmen gegen Einrichtungen der Inneren Mission, speziell gegen die Pfeiffer'schen Stiftungen in Magdeburg und die Neinstädter Anstalten. Man warf diesen Einrichtungen vor, Geistigbehinderte und andere Pfleglinge geschlagen und unterdrückt zu haben und verurteilte in sog. Schauprozessen Diakone und Mitarbeiter, besetzte die Einrichtungen mit Gewalt, vertrieb die Mitarbeiter und versuchte sie durch staatliche Mitarbeiter zu ersetzen. Die Evangelische Kirche stellte sich damals schützend vor die Junge Gemeinde und die Einrichtungen der Inneren Mission. Durch Verhandlungen mit Ministerpräsident Otto Grotewohl wurden am 10. Juni 1953 die Zwangsmaßnahmen zurückgenommen. Wir atmeten auf, und ich erinnere mich, dass ich beim Hören dieser Nachricht auf der Straße Glieder der Jungen Gemeinde unter Tränen umarmte.

Die Arbeit der diakonischen Einrichtungen wurde aber ständig gespitzt und indirekt behindert. Zwar hielt man uns für „Inseln der Seligen“, auf die kein ideologischer Druck ausgeübt wurde; aber man unterwanderte die Mitarbeiterschaft durch den Staatssicherheitsdienst. Auch wurde die Anstellung nötiger Mitarbeiter behindert, indem man diesen keinen Wohnraum zuteilte. Für nötige Baumaßnahmen wurden die Lizenzen, Materia-

lien und Handwerker nicht bewilligt, so dass alle diakonischen Einrichtungen sich eine eigene Handwerkerbrigade zulegen und bezahlen mussten. Die kirchlichen Einrichtungen erhielten außerdem niedrigere Pflegesätze bis 1989 als ähnliche staatliche Einrichtungen. Begründet wurde das mit dem Hinweis, dass unsere Einrichtungen als unser Eigentum für die Erhaltung und Ausstattung selbst zuständig seien, wodurch der Staat der DDR viel Geld ersparte, denn wir lebten von Spenden und Zuwendungen unserer Kirche.

Dennoch wiesen staatliche Stellen, die uns keinerlei Arbeit an Jugendlichen und Schwererziehbaren oder Waisen genehmigte, uns Heimbewohner zu (Geistigbehinderte, Trinker, Gestrauchelte, mit denen man nicht fertig wurde und die man aus dem öffentlichen Bild der Gesellschaft weg haben wollte). Ab 1970 wurden dann gelegentlich Neubauten genehmigt, die einfach wegen der wachsenden Zahlen und den Verordnungen über Mindeststandard der Einrichtungen nötig wurden. Einschneidend war die Maßnahme der besseren Besoldung der Pflegekräfte im sozialen Bereich ab 1975, was die CDU der DDR erreichte, denn der Gesundheitsminister der DDR war immer ein CDU-Mann. Deshalb mussten dann die Pflegesätze angehoben werden. Ähnlich erging es kirchlichen Krankenhäusern, die weiter bestehen durften und auch die Erlaubnis hatten, Schwestern auszubilden. Alles blieb bei dem Stand, wie es 1945/46 durch die SMAD festgelegt worden war.

Das Gespräch mit dem Staatsrat und seinem Vorsitzenden Erich Honecker am 6. März 1978 brachte für die Diakonie keine weiteren Möglichkeiten, garantierte aber die „Kirche im Sozialismus“, was dieser Begriff auch immer Aussagen wollte. Ein weiteres Gespräch am 19. Februar 1988 mit dem Mitglied des Politbüros Jarowsky nach der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration in Berlin brachte keine Lösung für politische und kirchliche Probleme. Am 3. März 1988 verhandelte Landesbischof Leich (Thüringen) wieder mit Honecker. Dabei konnte festgestellt werden, dass sich der kirchenpolitische Kurs der SED verschärft hatte. Die Kirche sollte sich von den frei gebildeten Gruppen trennen. Es wurde gedroht: Die Kirche müsse sich fügen. Demgegenüber vertrat die Kirche den Standpunkt der Eigenständigkeit.

Vergleicht man die Situation der Diakonie in der DDR mit der im Nationalsozialismus, so muss man bedenken, dass letzterer nur zwölf Jahre zur Verfügung hatte, die noch durch fünf Kriegsjahre belastet wurden, während die kommunistische Herrschaft der SED, als Sozialismus bezeichnet, vierzig Jahre Zeit hatte. Der Nationalsozialismus zeigte schon nach kurzer Zeit seine wahren Absichten: Ausschaltung der Kirchen und

ihrer Sozialarbeit, Bekämpfung des Einflusses christlicher Ethik. Geplant war, die neue Ideologie der Herrenrasse auf allen Gebieten der Gesellschaft durchzusetzen und das Minderwertige und Rassenfremde zu beseitigen. Angesichts des Krieges, der die Absicht hatte, ganz Europa unter die Herrschaft des Nationalsozialismus zu stellen und damit eine Neuordnung Europas unter deutscher Vorherrschaft zu etablieren, musste zwar von radikalen Methoden abgesehen werden, um die „Volksgemeinschaft“ bei der Stange zu halten. Aber es war beschlossene Sache, über rigorose Maßnahmen der Sozialpolitik das deutsche Volk zu reinigen und zu bessern. Die Kirche und Diakonie hatten zukünftig keine Funktionen mehr in einem nationalsozialistischen Staat. Sie hatten zu verschwinden, wenn man Alfred Rosenberg recht interpretiert.

Die Zeit des Sozialismus von 1949 bis 1989 betraf nur den östlichen Teil Deutschlands und entwickelte sich unter Vorherrschaft der Sowjet-Union und der sozialistischen Staatengemeinschaft unter fortwährender Besatzung. Es wurde ein neues Sozialsystem für alle Bürger der DDR geschaffen, das der sozialistischen Ideologie entsprang. Dabei erging es der DDR unter allen Ostblockstaaten am besten, weil die Nähe der Bundesrepublik Deutschland beachtet werden musste. So nutzte man im Zeichen des Humanismus christliche Aktivitäten der Inneren Mission und der Diakonie bei gleichzeitiger Verdrängung der Kirche aus dem öffentlichen Leben. Der Sozialismus versuchte christliche Liebestätigkeit in sein Schema zu integrieren. Diakonie gab es offizielle nur in der DDR, nicht in den anderen Ostblockstaaten. Es blieb erhalten, was nach 1945 unter sowjetischer Besatzungsmacht genehmigt worden war, und es entstand ein Unverhältnis zwischen Kirche und Diakonie. Die Kirche schrumpfte unter ideologischem Druck, die Diakonie behauptete sich als Teil des Sozialgefüges. In der DDR gab es nur einen kleineren Flügel der SED, der auch die Diakonie einschränken wollte und so zu bekämpfen versuchte. Die Ost-CDU und ihr Gesundheitsminister erkannten an, was durch die Diakonie geleistet wurde, vor allem auf dem Gebiet der Behindertenarbeit. Da wollte die DDR keinesfalls ähnlich handeln wie der Nationalsozialismus. Man beließ der kirchlichen Diakonie einen Spielraum, welcher der Bedeutung des christlichen Anteils der Bevölkerung entsprach.

Der neue, sozialistische Mensch sollte aber durch konsequente Erziehung und ständige ideologische Beeinflussung im Kindergarten, der Schule, bei der Nationalen Volksarmee und in den sozialistischen Betrieben entstehen. Er sollte frei sein von jeder christlichen Gewissensbindung, frei von jeder kirchlichen Bevormundung und Beeinflussung. Dabei half eine Art „Gewöhnungsprozess“, der sich über vier Jahrzehnte zwangsläufig

einstellte. Defizite wurden nur noch unter anderen Gesichtspunkten wahrgenommen.

Wer im Glauben fest blieb, stand eigentlich nicht unter Druck, sondern genoss sogar einen Freiraum, den andere Bürger der DDR 1988/89 mit in Anspruch nahmen. Diesen Freiraum hatten wir uns freilich erkämpft und mussten ihn immer wieder neu erkämpfen.

Literatur

Hanns-Joachim Wollstadt, *Die Diakonie der Kirche im Blickfeld ihrer Geschichte*, Berlin 1976

Gerhard Bosinski und Paul Toaspersn (Hg.), „Wer mir dienen will“. *Diakonie in sozialistischer Umwelt*, Berlin 1978

Ulrich Hutter-Wolandt, *Quellen und Literatur zur schlesischen Diakoniegeschichte*, in: *Kirche im Osten. Studien zur osteuropäischen Kirchengeschichte*, Bd. 35 (1992), S. 190–199 hg. v. Peter Hauptmann

Gottfried Schille, „und hätte der Liebe nicht“, Berlin 1990

Albrecht Schönherr, „aber die Zeit war nicht verloren“. *Erinnerungen eines Altbischofs*, Berlin 1993

Christoph Wolf, *Männliche Diakonie im Osten Deutschlands 1945 bis 1991*, Stuttgart 2004

Reinhard Leue: Wyobcowanie diakonii w kontekście socjalistycznego państwa

Autor opisuje początkowo przyjazne nastawienie urzędów państwowych w okresie sowieckiej administratury wojskowej (SMAD), które umożliwiły dalsze istnienie organizacji kościelnych i diakonijnych. Sytuacja ta zmieniła się drastycznie wraz z powstaniem NRD w 1949 r. Ujawniło się wówczas nadzwyczaj krytyczne nastawienie wobec Kościoła, lecz zarazem swego rodzaju tolerowanie jego diakonijnych organizacji, ponieważ nie chciano z nich zrezygnować. To dwupłaszczyznowe podejście doprowadziło do zmniejszenia liczby wiernych Kościoła, lecz zarazem do wzmocnienia placówek diakonijnych. Artykuł ten kończy się porównaniem narodowego-socjalizmu sprzed 1945 r. z postawą SED wobec kościołów w latach 1949–1989.